In der Stichwahl haben jetzt wieder die in der Bundesrepublik lebenden Immigranten mit türkischem Pass mit überwältigender Mehrheit für Erdogan gestimmt. Diesmal waren es im Bundesdurchschnitt 67,4 Prozent. Im ersten Wahlgang hatten in einigen Städten, zum Beispiel in Essen, 77 Prozent Erdogan gewählt. Dieser Wahlerfolg lässt sich nicht allein durch das Wirken der Moscheeverbände (Ditib und IGMG) und den Wahlkampf des AKP-Lobbyvereins UID (Union Internationaler Demokraten) erklären, so sehr das alles zusammen mit der Monopolisierung der türkischen Medien sicher dazu beigetragen hat. In der folgenden Analyse wird die politische Einstellung der (Im)migranten aus der Türkei auf ihre Migrationsgeschichte zurückgeführt. Von **Georg Auernheimer**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/230530_Wahlerfolg_von_Erdogan_Deutschtuerken_und_Tuerkdeutsche_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Eine Klarstellung

Zuerst einmal gilt es zu beachten, dass von den aus der Türkei Zugewanderten nur etwa die Hälfte (1,5 Mio.) bei dieser Wahl wahlberechtigt war. So viele besitzen den türkischen Pass, teilweise auch aufgrund doppelter Staatsbürgerschaft. Von diesen Wahlberechtigten hat also die Mehrheit Erdogan gewählt. Mit welcher Partei die anderen knapp 50 Prozent sympathisieren, wissen wir nicht. Vieles spricht aber dafür, dass diejenigen, die sich irgendwann um die deutsche Staatsangehörigkeit bemüht haben, tendenziell ein eher distanziertes Verhältnis zu der seit 2002* regierenden AKP und ihrem Präsidenten haben. Im Folgenden wird deshalb weniger von denen die Rede sein als vielmehr von denen, die zu Recht „Deutschtürken“ genannt werden. Für die anderen würde die unübliche Benennung Türkdeutsche besser passen, so wie man von Deutschamerikanern spricht.

Ein Blick auf die Migrationsgeschichte

Bis 2000 bestimmte das Abstammungsprinzip das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht, aber damit auch die soziale „Zugehörigkeitsordnung“ (Paul Mecheril). Das brachte es mit sich, dass die ins Land geholten „Gastarbeiter“, besonders die aus der Türkei, immer in einem Provisorium lebten. Auch nach Änderung der Rechtslage sahen sie sich Ausgrenzungen ausgesetzt. Als Bürger verschmäht, verstehen sich viele eben nach wie vor primär als Bürger der Türkei. Nicht wenige sympathisieren mit dem türkischen Nationalismus.

Ein Vertrag von 1961 zwischen der Bundesrepublik und der Türkei regelte die Anwerbung von Arbeitskräften. Diese sollten für eine begrenzte Zeit, zunächst nur für jeweils zwei Jahre, zu Arbeiten in der Produktion herangezogen werden und dann zurückkehren (sog. Rotationsprinzip). Für das westdeutsche Kapital hatten die Anwerbeabkommen – vorher waren bereits solche Abkommen mit Italien (1955), Franco-Spanien und Griechenland (1960) abgeschlossen worden – den Vorteil, dass der Arbeitsmarkt sich wieder entspannte und der Lohndruck von den Unternehmen genommen wurde. Die Einführung der Wehrpflicht hatte ihm nämlich Arbeitskräfte entzogen, und die Abriegelung der Grenze zur DDR stoppte den Zufluss von dort.

Vorteilhaft erschien außerdem die höhere Flexibilität des Arbeitsmarktes durch das Rotationsprinzip. Der Vorteil für die Türkei bestand in der Absorption der Überschussbevölkerung vor allem aus den ländlichen Gebieten Anatoliens.[1] Die jungen Männer aus den Dörfern, die vorher von ihrer Familie zum Geldverdienen nach Istanbul oder Izmir geschickt worden waren, bewarben sich jetzt bei der Verbindungsstelle der Bundesanstalt für Arbeit in Istanbul. Viele hatten auch schon städtische Zwischenstationen hinter sich. Die ländliche Herkunft eines großen Teils der Gastarbeiter aus der Türkei ist nicht unwichtig für das Verständnis ihrer damaligen Kultur und Mentalität. Die meisten von ihnen hatten wenig nationales Bewusstsein und waren unpolitisch. Für den anatolischen Bauern war der Staat weit weg und eher mit Misstrauen bedacht gewesen.[2] Der Kemalismus, der die städtische Mittel- und Oberschicht begeisterte, war der Landbevölkerung völlig fremd. Nur manche „modern“ eingestellte Zuwanderer waren Mitglied der kemalistischen CHP, einige wenige, häufig Lehrer, auch Mitglied einer linken, marxistischen Partei oder aber der rechtsradikalen MHP.[3]

Ebenso war der Islam in der Anfangsphase für die Mehrheit nur selbstverständlicher Bestandteil des Herkommens, mehr Routine als gelebter Glaube, wobei anzumerken ist, dass nicht wenige Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen aus alevitischen Gemeinden kamen. Die Differenz zwischen Aleviten und Sunniten spielte anfangs übrigens kaum eine Rolle. Erst durch das Pogrom von Marash, bei dem 1978 in der Südosttürkei alevitische Wohnviertel verwüstet und über einhundert Menschen ermordet worden waren, wurde diese Differenz vermutlich zum ersten Mal politisch aufgeladen.

Um diese Zeit hatten die Arbeitsmigranten in der Regel schon ihre Familien nachgeholt, nachdem 1973 ein Anwerbestopp verhängt worden war. Das Single-Dasein in dürftigen Unterkünften war vorbei, aber das Leben in der Bundesrepublik nach wie vor Provisorium. Ungeachtet der unsicheren Aufenthaltstitel verfestigte sich jedoch der Aufenthalt. Allmählich entstanden „türkisch“ dominierte städtische Quartiere, meist Altstadtviertel mit „besonderem Erneuerungsbedarf“. Aber auch einige kleine Industriestädte mit einem hohen

Anteil türkischsprachiger Arbeiterfamilien wurden zu einer Art Klein-Istanbul. Da hatte die wirtschaftliche Marginalisierung der Arbeitsmigranten bereits begonnen. Schuld war Automatisierung vieler Produktionsprozesse, mit der die für sie typischen, nämlich schmutzigen, lärmbelasteten Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden. Für die neuen Arbeitsplätze waren auch Deutsche zu gewinnen. Die „Türken" – gemeint waren alle Türkischsprachigen – wurden zunehmend zum Objekt von Rassismus.[4]

Infolge des Modernisierungsprozesses, in dem auch die Religion reflexiv wird, wandelte sich der Islam bei vielen vom Gewohnheitsritual zum bewusst gelebten Glauben. Mit dem dörflichen Islam wollte man nichts mehr gemein haben.[5] Einige sympathisierten mit dem politischen Islam. Die Identifikation mit dem Islam war auch eine Reaktion auf das feindliche Umfeld. Moscheevereine verschiedener Richtung konstituierten sich. Prediger mit großer Anhängerschaft füllten bald ganze Stadien. Daneben hatten sich Folklore-Gruppen gebildet, die unter anderem am „Tag des ausländischen Mitbürgers" oder am 1. Mai ihre Tänze vorführten. Jugendkulturelle Szenen faszinierten viele Jugendliche, Hip-Hop wurde zu einer wichtigen Ausdrucksform. Linke und linksliberale Intellektuelle, die nach dem Militärputsch von 1980 ins Exil gegangen waren, förderten zeitweise eine gewisse Politisierung innerhalb der Community. Zeitweilig gab es viele linke türkische Arbeitervereine. Die Exilanten wurden aber nie zu „organischen Intellektuellen" im Sinn von Gramsci. Dazu waren sie zu wenig eingebunden in die bäuerlich-proletarischen Gemeinden.

Als nach dem Untergang der DDR zahllose Menschen auf den westdeutschen Arbeitsmarkt strömten, verstärkte sich der Prekarisierungsprozess der türkischsprachigen Bevölkerung. Zugleich normalisierte sich aber deren Sozialstruktur, weil langsam eine Mittelschicht entstand, wenn diese auch vielfach nur auf kleinen Betrieben basiert. Ansonsten aber ist die Lage der dritten Einwanderergeneration weithin durch wirtschaftliche Unsicherheit und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet. Viele waren von Sozialtransfers abhängig geworden. Das unterschied sie von den Gastarbeitern der ersten Zeit.

Die teilweise prekäre Lebenslage bestärkte wiederum defizitäre Zuschreibungen, wie sie von Anfang an unter Deutschen üblich waren. Die Anschläge von Mölln im November 1992 und in Solingen im Mai des folgenden Jahres vermittelten ein Gefühl gemeinsamer Bedrohung, weil sie beide Male gegen Wohnhäuser mit türkischen Familien gerichtet waren. Und dann ab 2000 die Mordserie des NSU, bei der die deutschen Sicherheitsorgane Misstrauen in den eigenen Reihen der Migranten säten, was eine vereinte Gegenwehr der Community verunmöglichte. Denkbar wäre die Bildung einer Bürgerrechtsbewegung im Bündnis mit allen demokratischen Kräften in Deutschland gewesen oder aber eine identitätspolitische Formierung wie die Bewegung der Schwarzen im Großbritannien der 1970er Jahre. Stattdessen fand türkischer Nationalismus, bis dahin eher eine

Minderheitenposition, eine breitere Zustimmung.

Hier rächte sich der Schwebezustand, in dem man die Migrantenfamilien aus der Türkei gelassen hatte. Allerdings hatten sich viele von ihnen, davon unabhängig, an das Leben im „transnationalen Raum“ (Ludger Pries) gewöhnt und eine Verbindung mit dem heimatlichen Dorf oder mit einem wirtschaftlichen Projekt in der Türkei gepflegt. Türkische Printmedien und TV-Sendungen hielten sie im Bannkreis der dortigen Geschehnisse. Dortige Skandale und politische Entwicklungen waren die Gesprächsthemen der Männer im Teehaus.

Mit zunehmendem Nationalismus derer, die sich als Türken definierten, schlossen sich die Reihen der Kurden enger, die sich ihrerseits an den Konflikten im Herkunftsland orientierten. Die Differenzierung zwischen national gesinnten Türken, Kurden, Aleviten und den mehr oder weniger Assimilierten verstärkte sich. Dazu kommt die nicht unbeträchtliche Zahl von Immigranten, die mehr oder weniger stark assimiliert sind, wenngleich sie dabei oft auf ihre bikulturelle Identität pochen.

Bestenfalls geteilte Loyalitäten

Im Jahr 2000 schuf die verspätete Reform des Staatsangehörigkeitsrechts mit dem Abschied vom Abstammungsprinzip das Recht auf Einbürgerung, wenn auch mit einigen Hürden. Hier geborene Kinder können seitdem die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Aber lediglich rechtlich war damit das ethnische Nationverständnis überwunden. Die „Zugehörigkeitsdiskurse“[6] blieben hartnäckig die gleichen. Ein Interviewpartner türkischer Herkunft: „… wenn du die Staatsbürgerschaft kriegst, dann wirst du weiter als Ausländer angesehen“.[7] Die Tendenz zur Kulturalisierung der Minderheit hielt an, wobei nicht nur alle aus der Türkei Zugewanderten als Türken betrachtet, sondern alle Türken als Muslime gesehen werden. „Also, äh sie haben uns mit Zwang daran erinnert, dass wir Türken sind“.[8] Solche Zuschreibungen erschweren das „Zugehörigkeitsmanagement“, wie der Erziehungswissenschaftler Paul Mecheril das nennt.[9] Nicht nur die frühere Migrationspolitik rächt sich, sondern auch die deutsche Bildungspolitik. Die Trennung nach Schulzweigen bedingt ein äußerst selektives Schulsystem, und die schulische Segregation ist für viele Immigranten eine frühe Lebenserfahrung. Ein türkischer Interviewpartner erklärt: „In der fünften Klasse (nach der Zuteilung zur Hauptschule, G.A.) das war dann … wirklich so, dass wir erst mal unter Türken gewesen sind“.[10] Ähnliche Erfahrungen haben Interviewpartner bei Bozay (2009) gemacht.

Für nicht wenige versprach der Islam eine klare Identitätsfindung. Daneben oder zusätzlich wurde die Identifikation mit dem türkischen Staat zu einem attraktiven Identitätsangebot, nachdem die Türkei sichtbar eine wirtschaftliche Modernisierung mit einem wachsenden

Industrie- und Dienstleistungssektor vollzogen hatte. Vor allem der Ausbau der Infrastruktur mag viele fasziniert haben. Die heutige Wirtschaftskrise verblasst vor dieser Erfolgsgeschichte. Das erklärt die für die deutsche Öffentlichkeit irritierend hohe Zustimmung zu Erdogan und seiner autoritären Herrschaft, die sich jetzt bei den Wahlen wieder bestätigt hat. Viele Immigranten aus der Türkei, keineswegs alle, identifizieren sich in hohem Maß mit dem türkischen Staat und haben heute zumindest eine geteilte staatsbürgerliche Loyalität. Einige, vor allem Jugendliche und junge Erwachsene, schließen sich auch nationalistischen Organisationen wie den „Grauen Wölfen“ an oder sympathisieren mit ihnen.

Besonders attraktiv scheint für manche die Ideologie, die „Türkisch-Islamische Synthese“ genannt wird.[11] Das lässt sich als ein trotziger, ideologisch vereinnahmter Protest interpretieren. Man wirbt nicht um Anerkennung innerhalb der bundesrepublikanischen Gesellschaft und sucht nicht hier die öffentliche Auseinandersetzung. Am rechten Rand ist nach Kemal Bozay „ein Mobilisierungspotenzial entstanden, das die soziale und politische Situation in der Türkei widerspiegelt“. Auf der Gegenseite bemühen sich die Kurden darum, in Westeuropa eine Gegenöffentlichkeit zu bilden. Sie stellen zwar auch eine heterogene, aber stark politisierte Gruppe dar. So suchen viele Immigranten aus der Türkei eine kollektive Identität im nationalen Herkunftskontext zu finden, und zwar entlang ethnischer Differenzlinien. Zum Teil ist das von der deutschen Migrationspolitik verschuldet, zum Teil von der nationalistischen Politik der türkischen Regierungen.

Die Deutschtürken haben aufgrund ihrer über Generationen gemachten sozialen Erfahrungen und teilweise gemeinsamer kultureller Praktiken eine verbindende Erzählung. Man kann von einer „ethnischen Verortung“ im Sinn des britischen Sozialwissenschaftlers Stuart Hall sprechen.[12] Das unterscheidet sie ebenso von den anderen deutschen Bürgern wie von den Türken in der Türkei. Dort wurden sie früher die Almancilar genannt, was sich ungefähr als die Deutschartigen übersetzen ließe. Es ist etwas entstanden, was in der sozialwissenschaftlichen Diskussion als „new ethnicity“ bezeichnet wird.

Aber die Immigranten aus der Türkei haben sich bisher nie als Interessengruppe, unabhängig vom türkischen Staat, artikuliert. Wenn, dann hat sich DITIB, der Ableger des Amts für religiöse Angelegenheiten in der Türkei, zu ihrem Wortführer gemacht. Das lag nicht nur daran, dass sie bis 2000 in der Regel keinen staatsbürgerlichen Status hatten[13], sondern auch daran, dass die „türkische“ Diaspora sehr differenziert, wenn nicht gespalten ist, und das nicht nur aufgrund der repressiven Maßnahmen gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei. Das Prädikat „türkisch“ ist insofern irreführend, als viele Immigranten aus der Türkei sich nicht als Türken definieren. Neben den Kurden gibt es kleine, weniger bekannte ethnische Minderheiten wie die Armenier. Auch viele Aleviten

unter den Türkischstämmigen identifizieren sich nicht mit der Community.

Die an sich höchst begrüßenswerte, Jahrzehnte lang verweigerte Öffnung für die doppelte Staatsbürgerschaft, die jetzt mit der Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes vorgesehen ist, könnte bei den Immigranten aus der Türkei die doppelte Loyalität unterstützen. Solange das türkische Wahlrecht Menschen, die längst ihren Lebensmittelpunkt im Ausland haben, diese Form der politischen Partizipation ermöglicht, ist die rechtliche Neuerung nicht unproblematisch, so gewiss sie für Migranten generell hilfreich ist, weil sie viele ihrer Konflikte mildert.

* 3. Juni 2023, 10 Uhr: An dieser Stelle wurde in einer früheren Version fälschlicherweise das Jahr 2014 angegeben.

Titelbild: shutterstock / Anastasia Petrova

Mehr zum Thema:

Alte Freunde, neue Feinde – Die Türkei am geopolitischen Scheideweg

Der kranke Mann am Bosporus: Türkei als Auslöser der nächsten Finanz- und Wirtschaftskrise?

Erdogans Wiederwahl – kein Grund für deutsche Selbstgerechtigkeit

---

[«1] Von 1950 bis 1970 stieg die Zahl der landlosen Bauernfamilien von 137.000 auf 1.200.000.

[«2] vgl. Werner Schiffauer (1987): Die Bauern von Subay. Das Leben in einem türkischen Dorf. Stuttgart.

[«3] CHP = Cumhuriyet Halk Partisi, zu Deutsch „Republikanische Volkspartei“, MHP = Milliyetci Hareket Partisi, zu Deutsch „Partei der nationalistischen Bewegung“

[«4] 1979 erklärte Heinz Kühn, Verfasser des verdienstvollen, wenn auch folgenlosen Memorandums zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien auf

einer Pressekonferenz: „Die Ausländer sind nicht unser Problem, aber die Türken“ (Bericht Herbert Leuninger, leuninger-herbert.de/herbert/archiv/migration/15_Volkshaus.pdf).

[«5] Eindrucksvoll belegen das die Porträts eines Migranten und einer Migrantin in Werner Schiffauer (1991): Die Migranten aus Subay. Türken in Deutschland. Stuttgart.

[«6] Paul Mecheril (2004): Einführung in die Migrationspädagogik. Weinheim u. Bassel, S.46

[«7] Kemal Bozay (2009): „…ich bin stolz, Türke zu sein.“ Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung. 2. Aufl. Schwalbach/Ts., S.334

[«8] Interviewpartner bei Bozay 2009, S.275

[«9] Mecheril 2004

[«10] Lisa Rosen (2011): „In der fünften Klasse… Eine biographieanalytische Studie zu Identitätskonstruktionen bildungsbenachteiligter Migrant(inn)en. Berlin, S.72

[«11] Bozay 2009, S.155f.

[«12] Stuart Hall (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg. S.23

[«13] Dem entsprach, dass in der Pädagogik, Sozialarbeit und Sozialwissenschaft über sie und für sie gesprochen wurde. Die Sozialarbeit und „Initiativen für ausländische Mitbürger“ übernahmen lange Zeit eine Anwaltsfunktion für die Zugewanderten.